

An unsere EU-Abgeordneten

Wir sind eine Bürgerinitiative aus engagierten BürgerInnen, AnwohnerInnen, Gewerbetreibenden und Firmen sowie VertreterInnen mehrerer Parteien und der Kirchen, die sich gegen die Prostitution mit ihren negativen Auswirkungen auf unser Zusammenleben in unserer Stadt stellen. Auslöser für die Gründung unserer Bürgerinitiative war die Planung eines Großbordells durch einen privaten Investor am Ortseingang unseres Stadtteils in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten, Geschäften und inmitten eines auch mit hohen Investitionen aufblühenden Gewerbegebiets. Aktuell scheint der Investor aufgrund des enormen Widerstands der Bürger und Gewerbetreibenden vor Ort seine Pläne für das Großbordell erst einmal auf Eis gelegt zu haben, rein rechtlich wäre es aufgrund der aktuellen deutschen Gesetzeslage, die Prostitution als „Gewerbe“ definiert, nicht zu verhindern gewesen.

Ebenso ist es leider durch die Legalisierung von Prostitution in Deutschland kaum möglich, die Sperrbezirke hinreichend auszudehnen, wie wir aus eigener Erfahrung leider wissen. So ist in unserem Stadtteil zu unserem Leidwesen Prostitution überall auf der Straße (von 22-6 Uhr) und in Wohnungen erlaubt und findet so auch dort statt, wo nebenan Familien leben und wo Kinder und Jugendliche abends vom Sportverein nach Hause fahren.

Wir bitten Sie deshalb im Namen vieler Bürgerinnen und Bürger dringend darum, für den nun im Europäischen Parlament zur Abstimmung stehenden **Bericht des Ausschusses für die Rechte der Frau** zu stimmen. Dieser Bericht definiert Prostitution als eine Form der geschlechtsspezifischen Gewalt und ermutigt die Mitgliedstaaten, das sogenannte Nordische Modell zu übernehmen. Hierbei werden Freier und Dritte kriminalisiert, während Prostituierte keine strafrechtliche Verfolgung befürchten müssen. Dies trägt aus der Erfahrung von Ländern mit dem Nordischen Modell wie Frankreich, Schweden oder Norwegen dazu bei, die Nachfrage zu verringern, die Stigmatisierung von Menschen in der Prostitution deutlich zu reduzieren und Ausstiegsstrategien sowie den bedingungslosen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und zur Wiedereingliederung zu gewährleisten.

Viele Länder blicken befremdet auf Deutschland beim Thema Prostitution, da wir mittlerweile durch ein außergewöhnlich großes Prostitutionsgewerbe das Bordell Europas geworden sind und regelmäßig von der UN und der OSZE aufgefordert werden müssen, zur Verringerung des enormen Ausmaßes an Menschenhandel und Zwangsprostitution mehr zur Eindämmung der Nachfrage zu tun. Wir brauchen in Deutschland leider dringend klare Impulse aus der EU, um endlich den gescheiterten deutschen Sonderweg bei der Prostitutionsgesetzgebung zu beenden. Auch Europol betont, dass es Mitgliedstaaten gibt, in denen Prostitution legal ist, was es den Menschenhändlern sehr viel leichter macht, ein legales Umfeld für die Ausbeutung ihrer Opfer zu nutzen. Deutschland ist eines der wichtigsten Zielländer für Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung.

Wir als Bürgerinitiative sind grundsätzlich gegen Prostitution, weil sie verbunden ist mit Frauenverachtung und Ausbeutung, massiven Menschenrechtsverletzungen,

Menschenhandel und Kriminalität. Vor Ort erleben wir u.a. sehr konkret, wie die zumeist sehr jungen Frauen aus Osteuropa organisiert an den Straßenrand bei uns gestellt werden, um sich von den deutschen Männern oder den Sextouristen aus Frankreich gegen Geld sexuell benutzen zu lassen. Es ist schlimm dies zu sehen und zu wissen, dass Prostitution körperlich und psychisch massiv schädigend ist und dass die allermeisten Prostituierten dies nicht freiwillig machen, sondern aufgrund von Notlagen, Zwang oder sogar Gewalt.

Aber auch BürgerInnen und Gewerbetreibende werden stark beeinträchtigt durch die Prostitution in ihrer Nähe. Die über Jahre zunehmende Ausbreitung der Prostitution und deren Begleiterscheinungen (Kriminalität, Drogen und mehr) belasten sicher nicht nur in unserer Stadt zum einen die wirtschaftlichen Aktivitäten der Gewerbetreibenden in einem starken Ausmaß, indem beispielsweise die Personalrekrutierung untergraben wird. So werden Mitarbeiterinnen durch anstößiges Verhalten belästigt, wenn sie nach der Arbeit an der Bushaltestelle wartend von Autofahren gefragt werden, wieviel sie kosten.

Zum anderen beeinträchtigt die legalisierte Prostitution in Deutschland, aber auch ganz konkret vor Ort Frauen in besonderer Weise. Öffentliche Räume, in denen Prostitution oder die Anbahnung dazu stattfindet, werden generell von Frauen gemieden, weil sie sich dort nicht sicher sind. Gleichzeitig signalisiert Prostitution jedem Mädchen und jeder Frau, dass Männer das Recht haben, eine Frau für ihre Triebabfuhr gegen Bezahlung sexuell zu benutzen, dass die Körper von Frauen Objekte sind, die benutzt werden dürfen, um die männliche Nachfrage nach Sex zu befriedigen. Legalisierte Prostitution zementiert diese alten Geschlechterklischees in den Köpfen beider Geschlechter und verhindert deshalb die Gleichstellung von Frauen und Männern. Dass die partnerschaftliche Gewalt gegen Frauen laut BKA im letzten Jahr wieder um 10 % gestiegen ist, verwundert kaum, wenn in Deutschland mittlerweile junge Männer oft schon am Wochenende zum Feiern ins Bordell, statt in den Club oder die Disko gehen.

Der aktuelle **Bericht des Ausschusses für die Rechte der Frau** über die Regulierung der Prostitution in der EU und ihre Konsequenzen für die Gleichstellung und Frauenrechte ist ein wichtiger Schritt hin zu weniger Menschenrechtsverletzungen und mehr Gleichstellung in der EU und damit hoffentlich bald auch in Deutschland. Bitte setzen Sie sich dafür ein!

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns Ihre Entscheidung im Anschluss an die Abstimmung im Europäischen Parlament und Ihre Positionierung in dieser Frage wissen lassen würden.

Freundliche Grüße aus Karlsruhe

für die

Bürgerinitiative: Durlach gegen Prostitution



VERTEILER:

CDU	Hildegard Bentele
CDU	Stefan Berger
CDU	Karolin Braunsberger-Reinhold
CDU	Daniel Caspary
CDU	Lena Düpont
CDU	Jan Christian Ehler
CDU	Michael Gahler
CDU	Jens Gieseke
CDU	Niclas Herbst
CDU	Peter Jahr
CDU	Peter Liese
CDU	Norbert Lins
CDU	David McAllister
CDU	Markus Pieper
CDU	Dennis Radtke
CDU	Christine Schneider
CDU	Andreas Schwab
CDU	Ralf Seekatz
CDU	Sven Simon
CDU	Sabine Verheyen
CDU	Axel Voss
CDU	Marion Walsmann
CDU	Rainer Wieland
CSU	Christian Doleschal
CSU	Markus Ferber
CSU	Monika Hohlmeier
CSU	Marlene Mortler
CSU	Angelika Niebler
CSU	Manfred Weber
FAM	Helmut Geuking
FDP	Nicola Beer
FDP	Andreas Glück
FDP	Svenja Hahn
FDP	Moritz Körner
FDP	Jan-Christoph Oetjen
FW	Engin Eroglu
FW	Ulrike Müller
GRÜNE	Rasmus Andresen
GRÜNE	Michael Bloss
GRÜNE	Reinhard Bütikofer
GRÜNE	Anna Cavazzini

GRÜNE	Viola von Cramon-Taubadel
GRÜNE	Anna Deparnay-Grunenberg
GRÜNE	Romeo Franz
GRÜNE	Daniel Freund
GRÜNE	Malte Gallée
GRÜNE	Alexandra Geese
GRÜNE	Henrike Hahn
GRÜNE	Martin Häusling
GRÜNE	Pierrette Herzberger-Fofana
GRÜNE	Ska Keller
GRÜNE	Sergey Lagodinsky
GRÜNE	Katrin Langensiepen
GRÜNE	Erik Marquardt
GRÜNE	Hannah Neumann
GRÜNE	Niklas Nienauß
GRÜNE	Jutta Paulus
GRÜNE	Terry Reintke
LINKE	Özlem Alev Demirel
LINKE	Cornelia Ernst
LINKE	Martina Michels
LINKE	Martin Schirdewan
LINKE	Helmut Scholz
ÖDP	Manuela Ripa
PARTEI	Martin Sonneborn
Parteilos	Martin Buschmann
Parteilos	Nico Semsrott
PIRATEN	Patrick Breyer
SPD	Katarina Barley
SPD	Gabriele Bischoff
SPD	Udo Bullmann
SPD	Delara Burkhardt
SPD	Matthias Ecke
SPD	Jens Geier
SPD	Petra Kammerevert
SPD	Dietmar Köster
SPD	Bernd Lange
SPD	Karsten Lucke
SPD	Maria Noichl
SPD	René Repasi
SPD	Thomas Rudner
SPD	Joachim Schuster
SPD	Birgit Sippel
SPD	Tiemo Wölken
Volt	Damian Freiherr von Boeselager
Zentrum	Jörg Meuthen